

ABTEILUNG II B  
Prof. Ophüls

to. Jzt.

13. 2. 53 tofout! 16

im Aufst. un d. letzten Bü MB 1993/52  
Zulassungsgespräch Bonn, den 19. Dezember 1952

un. Lösungsmittel.  
19. 12. 52. Ophüls

V. l. u. F.

A u f z e i c h n u n g

Auswärtiges Amt Büro Staatssekretär
Eing. 20. DEZ. 1952
Tgb.Nr. St. S. ....
Anl. .... Dopp. ....

Betr.: Niederländisches Memorandum über die wirtschaftliche Integration im Zusammenhang mit der politischen Gemeinschaft.

I.

Über die Beweggründe des niederländischen Schrittes lässt sich folgendes vermuten:

Nach den bisherigen Eindrücken und insbesondere nach dem was Herr Blaisse sagt, will die jetzige Regierung den Stikker'schen Kurs nicht mehr in gleicher Weise weiter verfolgen. Man wird also bei dem niederländischen Schritt nicht ohne weiteres den Willen voraussetzen können, die europäische Integration zu hindern.

Wohl aber hat Beyen, wenn er sich jetzt zur Integration <sup>formal</sup> stellt, offenbar den Wunsch, sich hierbei in Übereinstimmung mit den besonderen materiellen Interessen seines Landes zu setzen. Diese betreffen vor allem die Stellung Hollands in der Agrarunion, wovon in dem letzten Satz des Memorandums nebenbei die Rede ist, worin aber in Wirklichkeit ein für die holländischen Interessen entscheidender Gesichtspunkt liegen dürfte. Holland drängt in den Verhandlungen über die Agrarunion auf Herstellung eines gemeinsamen Agrarmarktes der sechs Staaten, um sich insbesondere den deutschen Markt zu öffnen. Das trifft, abgesehen von den Bedenken der deutschen Landwirtschaft,

auf das Hindernis, dass Deutschland schlechthin nicht in der Lage ist, Agrarprodukte der übrigen fünf Staaten (insbesondere Hollands) entgegenzunehmen, wenn diese fünf Staaten nicht ihrerseits von Deutschland entsprechende Industrieprodukte beziehen. Das ist handelspolitisch eine Notwendigkeit. Wenn wir z.B. statt von Argentinien von Frankreich Weizen kaufen, so müssen wir die Möglichkeit haben, unsere Volkswagen, Trecker usw., die wir bisher nach Argentinien im Austausch gegen den dortigen Weizen verkauft haben, nunmehr in Frankreich abzusetzen, was bisher die französische Aussenhandelspolitik verhindert hat. Diese Lage haben die Niederländer offenbar erkannt. Deshalb sind sie bemüht, ~~mx~~ jetzt eine wirtschaftliche Gesamtintegration zustande zu bringen, welche, indem sie den übrigen Beteiligten Kompensationsmöglichkeiten auf industriellem Gebiet schafft, ihnen den gewünschten Markt für ihre Agrarprodukte öffnet.

## II.

Der sachliche Inhalt der Vorschläge ist noch recht unklar und verschwommen.

- 1.) Es ist nicht recht einzusehen, weshalb die Regierungen mit formulierten Vorschlägen hervortreten sollen, bevor der Verfassungsausschuss der ad hoc-Versammlung seinerseits Vorschläge formuliert hat. Vielleicht sind diese Vorschläge auch für die Niederländer annehmbar. Die Formel, die nach Besprechung mit Herrn Monnet von uns via Teitgen von Herrn v. Brentano gebilligt worden ist, und die möglicherweise auch die Zustimmung von Herrn Blaisse findet, lautet etwa:

"Le parlement et l'exécutif ont pour mission de préparer des projets relatives à l'évolution de la compétence de la Communauté en matière politique, économique et sociale."

Eine solche Formel würde die lebendige Kraft der parlamentarischen Entwicklung der Gemeinschaft ins Spiel bringen, in der ein starker Hebel der Entwicklung liegt. Sie würde nützlicher sein als eine konkrete Formel, über die man sich vermutlich nur schwer und unter langen Auseinandersetzungen wird einigen können und deren Erörterung daher das ganze Werk der politischen Gemeinschaft aufhalten würde.

2.) Überdies wird man nähere Aufklärungen herbeiführen müssen, bevor man konkrete Erörterungen führen kann.

a) Völlig deutlich ist nur das Programm eines allgemeinen Abbaus der Zölle und quantitativen Beschränkungen. Das ist sicherlich wünschenswert, aber Formulierungen werden schwer zu finden sein.

b) Dazu wird ausdrücklich und versteckt die Regelung der Währungsfrage erwähnt. Auch diese ist notwendig und lässt sich vielleicht sogar noch eher verwirklichen, als die <sup>Regelung der</sup> handelspolitischen Frage, mit der sie im übrigen eng verknüpft ist. Aber auch hier wird es schwer sein, über ganz allgemeine Wendungen hinaus, rasch eine Formulierung zu finden, wenngleich ich das nicht für ausgeschlossen halte.

c) Fraglich ist schließlich, was mit der "Ausfall- und Sicherungsklausel" im einzelnen gemeint ist. Dagegen, dass man sozusagen das Prinzip der belgischen Kompensationskasse des Montanvertrages schelchthin in verbindlicher Weise zu einer Verfassungsbestimmung der europäischen Gemeinschaft macht, bestehen die erheblichsten Bedenken.

III.

Als einstweilige Stellungnahme gegenüber den Niederlanden käme vielleicht folgende Antwort in Betracht:

Die Bundesregierung befinde sich in Übereinstimmung mit den grundsätzlichen Ausführungen des Memorandums, sowohl hinsichtlich der Notwendigkeit, den Bestand der bisher unterzeichneten Verträge durch den Vertrag über die politische Gemeinschaft nach Möglichkeit nicht zu stören, als auch hinsichtlich des Wunsches, die europäische Integration innerhalb dieser politischen Gemeinschaft rasch und wirksam weiter <sup>zu</sup> entwickeln. ~~kapitular.~~

Sie sei auch bereit, an einer Konferenz der Aussenminister zu dem Zweck teilzunehmen, diesen Grundsätzen weitere Präzisierung zu geben.

Sie glaube jedoch, dass die Zeit vor dem Zusammen-  
treten der ad hoc-Versammlung nicht mehr ausreiche,  
um eine solche Konferenz abzuhalten. Auch glaube sie,  
dass es richtig wäre, die einstweiligen Vorschläge,  
die der Verfassungsausschuss der ad hoc-Versammlung  
machen werde, abzuwarten, bevor die Regierungen  
ihre Meinungen formulieren. Sie schlage daher vor,  
die Konferenz erst im Januar nach der ad hoc-Ver-  
sammlung abzuhalten. Dies würde den weiteren Vorteil  
haben, dass man in der Zwischenzeit die von der  
niederländischen Regierung gemachten Vorschläge  
im einzelnen prüfen könne. Falls die niederländische  
Regierung für eine solche Prüfung, <sup>noch einer</sup> nach weiteren  
Erläuterung ihres Programms, ~~xxxxxxx~~ zur Verfügung  
stellen könne, wäre die Bundesregierung dafür  
dankbar.

- 5 -

IV.

Hinsichtlich der internen Behandlung schlage ich vor, dass ich alsbald mit

Abteilung IV

Bundeswirtschaftsministerium (Reinhardt)

evtl. Marshallplanministerium

unter Mitteilung des Memorandums die Erörterungen aufnehmen.

1. Anm. mit IV

2. Langen Rechenwerk GPK Gest. 22.11. 2000

Ophüls.